

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Verbesserung der Situation in der Abschiebungshaft Bremen-Vahr**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, folgende Verbesserungen in der Abschiebungshaft umgehend umzusetzen:

**I. Sofortmaßnahmen**

1. Die Glasbausteine werden entfernt und durch durchsichtige, zu öffnende Fenster ersetzt, die eine direkte Belüftung der Zellen sichern.
2. In den Doppelzellen werden Schamwände vor den Toiletten installiert.
3. Die Verkachelung der Zellen wird auf den Sanitärbereich zurückgebaut.
4. Der Flur des Männertraktes darf aus Sicherheitsgründen nicht durch gegenüberliegende geöffnete Türen blockierbar sein.
5. Schloss samt Schlüssel für die abschließbaren Schränke in den Zellen müssen jedem Abschiebungshäftling bei der Aufnahme ausgehändigt werden.
6. Ein Anschluss für Fernseher in den Einzelzellen muss installiert werden, der den Empfang fremdsprachiger Programme ermöglicht.
7. Die vorhandenen Telefonzellen müssen die Möglichkeit, Anrufe von außerhalb zu empfangen, gewährleisten.
8. Den Abschiebungshäftlingen werden Aufenthaltsräume zur Verfügung gestellt, die durch ihr Mobilar Wohnraumcharakter haben.
9. Die Abschiebungshäftlinge erhalten Lese- und Spielmaterial, das ihre sprachliche und kulturelle Herkunft berücksichtigt.
10. Die Präsenz eines Kontaktbeamten im Abschiebungstrakt wird gewährleistet.
11. Erweiterung der Besuchszeit von 9.00 bis 21.00 Uhr.

**II. Weitere organisatorische Maßnahmen:**

1. Es wird eine ständige psycho-soziale Betreuung eingerichtet.
2. Eine adäquate Betreuung für Frauen aus dem Prostitutionsmilieu muss gewährleistet sein.
3. Die ärztliche Betreuung wird dem zuständigen Gesundheitsamt übertragen.
4. Krankenblätter werden ordnungsgemäß geführt, die einen Überblick über Interventionen sowie Art und Häufigkeit erkannter gesundheitlicher Probleme der Abschiebungshäftlinge gewährleisten.
5. Bei Bedarf soll eine seelsorgerische Betreuung gewährleistet sein.
6. Die Rechtsberatung durch den Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen e. V. wird sichergestellt.

7. Nach dem Modell von Nordrhein-Westfalen wird ein staatlich finanzierter Rechtshilfefonds eingerichtet.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 31. Dezember 2001 über die Umsetzung der Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Dr. Güldner,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen